

Eidgenössisches Politisches
Departement
Politische Direktion

3003 B e r n

5. DIENSTREISE NACH RHODESIEN

In der Zeit vom 29. Januar bis 8. Februar habe ich mich im Einvernehmen mit der Verwaltungsdirektion des EPD erneut in dienstlicher Eigenschaft in Rhodesien aufgehalten.

Seit der letzten Dienstreise im August 1972 sind, was die Struktur, Probleme und Wünsche der Schweizerkolonie in Rhodesien anbetrifft, keine wesentlichen Aenderungen eingetreten. Die Zahl der immatrikulierten Schweizerbürger ist zwar im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen, was jedoch eher auf eine rückläufige Wanderbewegung junger Landsleute zurückzuführen ist und einem allgemeinen Trend im südlichen Afrika entspricht. Den alteingesessenen Schweizerbürgern bereitet die seit Dezember letzten Jahres wieder in Erscheinung tretende Guerillatätigkeit im Nordosten des Landes und die Spannung an der rhodesisch-sambischen Grenze relativ geringe Sorgen.

Ueberhaupt wird die gegenwärtige politische Lage von der weissen Bevölkerung als nicht so ernst empfunden wie vor Jahresfrist, als die Untersuchungen der Pearce-Kommission über die Einstellung der Eingeborenen zu den britisch-rhodesischen Einigungsvorschlägen zu Unruhen geführt hatten. Demgegenüber gibt die rhodesische Regierung zu, dass sie von den erneuten und im Vergleich zu früher besser organisierten In-kursionen von "Terroristen" oder "Freiheitskämpfern" (je nach Anschauung) überrascht wurde. Während die Bewaffnung der Guerillas schon bei früheren Grenzübertritten gut war, scheint nun auch ihre militärische Ausbildung besser geworden zu sein. Die rhodesischen Sicherheitstruppen bereiten sich jedenfalls auf eine längere Kriegsführung vor, wie man sie von den portugiesischen Streitkräften in Moçambique und Angola her kennt. Seit Beginn der Ueberfälle in Rhodesien um die Weihnachtszeit des vergangenen Jahres sind 10 weisse Personen (Farmer und Armeeangehörige) sowie nach Darstellung offizieller rhodesischer Stellen 28 schwarze Guerillas getötet worden.

Grössere Sorgen bereitet der Landesregierung die Haltung der einheimischen schwarzen Bevölkerung. Spätestens nach dem Aufenthalt der Pearce-Kommission musste man einsehen, dass die rhodesischen Afrikaner dem weissen Regime weniger gewogen sind, als viele weisse Rhodesier angenommen hatten und Regierungskreise glaubhaft machen wollten. Bei den neuesten Attacken wurde man sich bewusst, dass auch die Guerillas erstmals auf die Mithilfe seitens einheimischer Schwarzer zählen konnten. In den abgelegenen Gebieten im Norden mögen dabei allerdings auch Drohungen oder die Furcht vor Repressalien eine Rolle gespielt haben. Die Machthaber versuchen dieser Gefahr ihrerseits mit Drohungen und Verhängen empfindlicher Strafen und Kollektivbussen zu begegnen. Ob sie sich dadurch bei der eingeborenen Bevölkerung mehr Sympathien erwerben, ist eine andere Frage.

Oppositionelle Kreise beurteilen die Lage naturgemäss noch pessimistischer. Man nimmt an, dass es nicht lange dauern wird, bis die Afrikaner erkennen werden, dass ihnen durch Beeinflussung der Wirtschaft (Streiks nach gegenwärtigem südafrikanischem Vorbild) mehr Macht gegeben ist als durch die von aussen eindringenden Widerstandskämpfer. Wirtschaftliche Probleme bereiten der rhodesischen Regierung sowieso weiterhin am meisten Kopfzerbrechen. Neben der chronischen Devisenknappheit trägt in diesem Jahr noch die Trockenheit zur Verschlechterung der Situation bei. Es steht bereits fest, dass die Tabak- und Maisernten - zwei wichtige Stützen der Landwirtschaft - weit geringer ausfallen werden als in durchschnittlichen Jahren. Die Schliessung der Grenze mit Sambia ist ebenfalls mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden, indem die hohen Einkünfte aus dem Transport sambischen Kupfers über rhodesisches Gebiet bis auf weiteres wegfallen werden. Obwohl nämlich die Grenze von den rhodesischen Behörden inzwischen wieder geöffnet wurde - wahrscheinlich auf Druck Südafrikas und eventuell Portugals - bleibt sie nun von sambischer Seite weiterhin geschlossen. Dadurch, dass auf den wichtigsten rhodesischen Eisenbahnverbindungen Umtali - Beira, Salisbury - Lourenço Marques und Bulawayo - Botswana vorläufig keine Güter mehr von und nach Sambia befördert werden, könnten sich weitere Schwierigkeiten ergeben. Es wird befürchtet, dass diese Transportlinien nun bevorzugte Objekte für Sabotageakte und Guerillaangriffe werden könnten.

Es erstaunt deshalb nicht weiter, dass vor allem in der südafrikanischen Presse in letzter Zeit heftige Kritik am Regime Smith geübt wurde. Der Einfluss Pretorias ist gross in Salisbury, was schon daraus hervorgeht, dass man im rhodesischen Aussenministerium mehr und mehr "Afrikaans" sprechen hört. Es besteht jedoch kein Grund zur Annahme, dass sich in der rhodesischen Regierung oder an ihrer Politik in nächster Zeit wichtige Änderungen ergeben werden.

Man kann sich aber des Eindrucks nicht erwehren, dass sich das politische Klima in Rhodesien auf lange Sicht weiterhin verschlechtern und schliesslich unter Umständen zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung führen wird. Die enorme Bevölkerungsexplosion der schwarzen Einwohner und die sich abzeichnende Arbeitslosigkeit sind nicht dazu angetan, zur Lösung des Problems beizutragen.

Wie bereits angetönt, sind die Beziehungen zwischen Südafrika und Rhodesien zwar notgedrungen eng, aber lange nicht so herzlich, wie man vielleicht anzunehmen geneigt wäre. In Rhodesien herrscht die Meinung vor, dass es sich bei der Schliessung der Grenze mit Sambia nicht zuletzt um eine allerdings etwas voreilige Aeusserung der Unabhängigkeit Smiths gegenüber dem mächtigen südafrikanischen Partner gehandelt habe. Gefühlsmässig ist der Grossteil des rhodesischen Volkes über die steigende Abhängigkeit und die damit verbundene Annäherung an die Apartheid-Politik beunruhigt oder wenigstens nicht glücklich. Südafrika selbst hat kein Interesse, sich im nördlichen Nachbarstaat zu stark zu engagieren. Neben den eigenen Problemen spielt dabei vor allem der Wunsch eine Rolle, im Norden über einen gemässigeren Freund als Bindeglied und Vermittler zu den schwarzregierten afrikanischen Staaten zu verfügen. Diese Hoffnung scheint sich je länger je weniger zu verwirklichen.

In der Schweizerkolonie hört man neben meist positiven Kommentaren nach wie vor die beiden gleichen Klagen; Devisen- bzw. Geldtransferschwierigkeiten und Bedauern über die Schliessung des Konsulats. Letzteres ist allerdings auf die Landsleute in Salisbury beschränkt. In diesem Zusammenhang muss einmal festgehalten werden, dass die Kritik am Bundesratsbeschluss betreffend Aufhebung des Konsulats auch von vielen prominenten Besuchern aus der Schweiz geschürt wird. Es fällt auf, dass fast ausschliesslich dem rhodesischen Regime freundlich gesinnte Parlamentarier, Geschäftsleute und sogar Vertreter halbamtlicher Institutionen (Auslandschweizersekretariat) dem Land Besuche abstatten. Da die Kontakte der Rhodesienschweizer mit der Aussenwelt ohnehin beschränkt sind, tragen Sympathiekundgebungen dieser Persönlichkeiten für Rhodesien einerseits und Kritik an der Konsulatsschliessung andererseits zu falschen Hoffnungen über die Wiedereröffnung einer offiziellen schweizerischen Vertretung bei. Sie können auch zu extremistischer Beurteilung der Lage führen und den Eindruck erwecken, das Generalkonsulat in Johannesburg habe wenig Verständnis für die Anliegen der Landsleute in Rhodesien. Jedenfalls erschweren diese Umstände den Verkehr mit einigen besonders pro-Rhodesien eingestellten Schweizerbürgern.

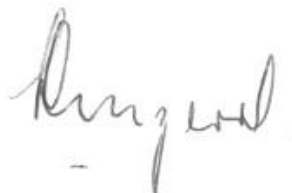
Herr Nationalrat Schwarzenbach scheint dagegen anlässlich seines kürzlichen Rhodesienbesuchs keinen Kontakt mit Mitgliedern der Schweizerkolonie aufgenommen zu haben. Hingegen wurde sein Aufenthalt anlässlich der üblichen Vorsprache beim Protokollchef des Aussenministeriums kurz erwähnt. Ich erhielt dabei den Eindruck, dass sich die rhodesischen Behörden selbst nicht im klaren sind darüber, ob eine Stellungnahme Herrn Schwarzenbachs für die rhodesische Minderheitsregierung positive oder negative Auswirkungen auf das angestrebte Ziel (offizielle Anerkennung) haben könnte.

Der weitaus grösste Teil der Landsleute, besonders jene, die nicht in der Hauptstadt ansässig sind, zeigen sich über die getroffene Lösung der dienstlichen Besuchsreisen durchaus befriedigt. In administrativen Belangen sind keine unüberwindlichen Probleme zu verzeichnen, mit Ausnahme vielleicht des Militärpflichtersatzes, dessen Bezahlung resp. Ueberweisung infolge der gültigen Devisenbestimmungen praktisch unmöglich ist. Darüber sind die jungen Mitbürger jedoch nicht unglücklich, auch wenn sie wissen, dass sie spätestens bei der Rückkehr in die Schweiz nicht um die Bezahlung herumkommen. Andererseits konnten von den Devisenbehörden schon verschiedene Zugeständnisse erwirkt werden, vor allem was die Ueberweisung der AHV-Beiträge anbetrifft. Bezüglich Solidaritätsfonds sind gegenwärtig Verhandlungen mit den zuständigen Stellen in Salisbury im Gange, worüber mit dem Solidaritätsfonds Korrespondenz geführt wird. Ein weiteres Entgegenkommen für Schweizerbürger ist die Zusicherung der rhodesischen Behörden, Schweizerbürger, die nicht gleichzeitig auch die rhodesische Nationalität besitzen, von der sonst auch für junge Ausländer obligatorischen Dienstpflicht zu befreien. Angesichts der vermehrten militärischen Operationen ist die Entwicklung dieser Angelegenheit weiterhin im Auge zu behalten. Kürzlich erhielt ein Landsmann ein Aufgebot, das jedoch aufgrund eines Briefes von uns und seines eigenen Protests wieder rückgängig gemacht wurde.

Es ist somit nicht zu verkennen, dass Rhodesien nach wie vor an freundlichen Beziehungen mit der Schweiz interessiert ist. Dazu haben bestimmt auch die Schweizer im Lande selbst beigetragen, wo sie im allgemeinen immer noch gern gesehene Einwanderer sind. Es handelt sich grösstenteils um Handwerker, Missionare und kleine Geschäftsleute. Mit der Schweiz fühlen sie sich auch nach längerem Aufenthalt noch stark verbunden, haben aber oft die Tendenz, die Vorkommnisse in Rhodesien als "Freiheitskampf" der weissen Siedler anzusehen und mit den historischen (und legendären) Ereignissen in der mittelalterlichen Schweiz zu vergleichen.

Abschliessend teile ich Ihnen noch mit, dass die soeben beendete Dienstreise planmässig verlaufen ist. Das Arbeitsvolumen war eher grösser als bei früherer Gelegenheit, betraf aber hauptsächlich Routineangelegenheiten, deren Abwicklung in der Buchhaltung oder in den betreffenden Dossiers dieser Vertretung festgehalten wurde. Allgemeine gesellschaftliche Veranstaltungen konnten diesmal wegen Zeitmangels nicht organisiert werden, abgesehen von einem kurzen Besuch im neuen Clublokal des Schweizerclubs Salisbury. Der Club hat durch die Vermittlung des Auslandschweizersekretariats ein Gesuch um finanzielle Unterstützung an Ihre Sektion für Auslandschweizerfragen gerichtet, dessen wohlwollende Prüfung ich an dieser Stelle empfehlen möchte. Die Schweizerkolonie in Salisbury besteht aus einfachen, heimatverbundenen und tüchtigen, aber wenig finanzkräftigen Mitbürgern.

das wusst ich nicht.
h



(S. Brazerol)

Kopie an:

- EPD, Verwaltungsdirektion
- Schweizerische Botschaft, Pretoria